

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preussischen Monarchie 1 Thlr. 1/4 Sgr.

Expedition: Krautmarkt Nr. 1053.

Zur Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 65. Donnerstag, den 21. März 1850.

Da mit dem 1. April 1850 ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnt, so werden die geehrten Leser derselben ersucht, ihren Pränumerationschein bald gefälligst in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. Provinzial-Anzeiger beträgt pro Quartal 25 Sgr., für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1/4 Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger besonders zu abonniren wünscht, zahlt monatlich in unserer Expedition 1 1/2 Sgr., frei ins Haus geliefert 2 1/2 Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: 6 Pf. die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet. Die Redaction.

Deutschland.

Stettin. Die beiden wichtigsten Ereignisse für Deutschland in den letzten Tagen sind unstreitig die Eröffnung des Erfurter Reichstages und die Thronrede des Königs von Württemberg. Der erstere, von dem uns hoffentlich die Zukunft mehr bringen wird, als man sich von ihm verspricht, giebt noch nichts von sich zu sprechen, denn er hat noch nichts gethan; die letztere macht aber viel von sich sprechen und noch mehr denken, wenn der König auch nur erst gesprochen hat; denn dieses Wort ist allerdings eine That, und zu etwas Mehrerem wird es Württemberg im nächsten Jahrhundert schwerlich bringen.

Der von Preußen angeregte Versuch, das deutsche Vaterland zu einem Bundesstaate zu einigen, soll eben in dem Erfurter Reichstage seine entscheidenden Schritte thun, um Deutschland zu einer seiner Größe, seinem Umfange, seiner Culturhöhe würdigen Aufschwung zu erheben; mehr als die Hälfte der deutschen Stämme hat sich um Preußen zu diesem guten Werke geschaart trotz aller Ränke und Hindernisse, welche die großdeutsche Kleinstaaterei und die österreichische Kabinettpolitik ihnen in den Weg legten; der Wille, die Macht und die Ehrlichkeit Preußens hat soweit den Sieg davon getragen, daß das Bündniß vom 26. Mai endlich zur Verwirklichung gelangt. Aber die großen Könige, Inhaber kleiner Kronen in Deutschland, haben daran von jeher ein Vergnügen genommen; da sie aus ihrer politischen Unbedeutendheit nicht herauskommen können, so wollen sie ein Vorhaben, das in der That Preußen und durch dasselbe Deutschland auf eine bisher nicht gesehene Höhe zu stellen geeignet ist, hindern, wenn auch nur durch Machtsprüche, wie durch ihre isolirte Stellung.

In diesem Sinne fühlt sich der König von Württemberg, dem es schwerer fällt, „sich unter einen Hohenzollern zu beugen, als sich in Gegenwart Napoleons von einem Adjutanten desselben sagen zu lassen, „es ziemt sich nicht, in des Kaisers Gegenwart die Hand in die Weste zu stecken“, gedrungen, vor der württembergischen Landesversammlung, „mit der größten Offenheit“ sich über den Bundesstaat auszusprechen. Wir halten ihm dabei seinen preußenfeindlichen Standpunkt zu gute; denn die Liebe, die Freundschaft zu einem andern deutschen Bruderstamme, zu einem derselben Heimath entstammten hochherzigen, berühmten Fürstenhause läßt sich nicht einflößen; der Neid erkennt das Verdienst nicht an; die Abneigung findet sich auch ohne Grund; der Stolz steht nur immer das Spiegelbild seiner eigenen Größe. Aber daß der Träger, wenn auch nur einer württembergischen Krone in seiner Partikularabneigung so weit geht, daß er nicht allein in höchster Verblendung die wahre politische Sachlage verkennt, sondern in derselben auf der einen Seite ungerecht, auf der andern unwahr sich äußert, indem er dasselbe, was er in der Rede verwirft, den Drei-Königsbund, in der That doch anstrebt und bestätigt; das steht zu hoch, um es zu begreifen, dabei steht ein simpler Unterthanenverstand stille.

„Der deutsche Einheitsstaat ist ein Traumbild“, sagt König Wilhelm, „und das gefährlichste aller Traumbilder, ebenso wohl unter dem deutschen, als dem europäischen Gesichtspunkte.“ Von einem Einheitsstaate in diesem Sinne hat Preußen nicht gesprochen, die Eigentümlichkeit der Stämme hat es nicht verwischen wollen; der König polemisiert also gegen etwas, was nicht mehr beabsichtigt wird. So lange dies aber angestrebt wurde und König Wilhelm an die Möglichkeit glaubte, an die Spitze des Einheitsstaates zu treten, Kaiser zu werden; so lange weidete sich sein hoher Geist nicht ungern auch an einem solchen Traumbilde. Wenn es galt, ganz Deutschland zur österreichischen Provinz zu machen, das Habsburgische Kaiserthum in Deutschland wiederherzustellen; da hielt der König Wilhelm das Traumbild des Einheitsstaates für eine Möglichkeit; nur Preußen, nur Hohenzollern durfte den restaurirten Thron nicht bestiegen. Der König hat Recht, wenn er sagt, alle bisherigen Bestrebungen zur Verwirklichung des deutschen Einheitsstaates führten zum Gegenheil; sie müssen es, so lange die Fürsten, die Stämme geküßentlich die Zerrissenheit der deutschen Zustände belieben und nur ein sächsisches, bairisches, württembergisches und hannoversches Interesse, nicht aber ein deut-

ches kennen. Diese Fürsten haben vergessen, was sie gewesen sind, da sie noch reichsunmittelbar waren; sie haben es vergessen, wie sie durch das Vuhlen mit Fremden, durch den Verrath des Vaterlandes, durch corsische Tyrannen aus der Reichs-Unmittelbarkeit zur Souveränität erhoben sind, um den Glanz eines neugebackenen Kaiserthrones zu erhöhen. Wir aber haben es wohl behalten, wie es eben die süddeutschen Bundesgenossen Napoleons waren, welche mit einem viel größeren Uebermuth sich in den französischen Kriegen unter ihren deutschen Brüdern geberdeten, als die geborenen Franzosen selber. Neben diesem Traumbild hält der König das eines Föderationsstaates für allein lebensfähig, und mehr als die bisherige Bundesverfassung. Da dieser Plan noch nicht verwirklicht ist, so ist er auch nur noch ein Traumbild, an dessen Lebensfähigkeit man zu zweifeln mit gutem Fug berechtigt ist. Wenn aber in dem Bundesstaat ein Bundesbruch gesehen werden soll, der einen politischen Selbstmord an der Gesamtheit beuge, und eine Aufhebung feierlicher Tractate, worauf unsere Stellung und Unabhängigkeit gegen Europa, sowie das politische Gleichgewicht Europa's beruhte, so ist einestheils um den Bundesbruch keine Gefahr mehr; denn im Mai 1848 sind mit Ausschluß Oesterreichs, das einen Vorbehalt machte, alle deutschen Stämme darin einig gewesen, an die Stelle der Bundesverfassung einen Einheitsstaat zu setzen, Württemberg hat die Frankfurter National-Versammlung anerkannt, die von ihr entworfene Reichsverfassung angenommen, die vertriebene Versammlung sogar in Stuttgart beherbergt; der Bundesbruch ist geschehen; das heißt also die Geschichte ignoriren. Andertheils hat der deutsche Bund an sehr losen Fäden zusammengehalten und so ist es noch heute, und doch steht das Gleichgewicht Europa's, es wird auch nicht aufhören, wenn ein Institut, das sich längst überlebt hat, durch ein Decret abgeschafft wird.

So spricht König Wilhelm und ist dennoch Mitglied eines dem Drei-Königsbunde an die Seite gestellten Vier- oder Drei-Königsbundes. Welchem Plane er sich widersetzt, da er von Preußen ausgeht, demselben Plane verheißt er Verwirklichung; er will die deutschen Stämme nicht scheiden und scheidet sie dennoch durch diesen Bund. Eben so mißlich steht es noch mit des Königs Berufung auf die von ihm gethanen Schritte in der gefahrvollen Zeit. Deutschland kennt diese Schritte, es sah in ihnen nur Dummheit, Absonderung, nicht Kraft noch Einigung. Deutschland weiß, was hinter diesen Worten steckt. Wir sind es gewohnt, in unsern Zeiten hohe und hohle Worte zu hören; denn man liebt es mehr zu rathen und zu prahlen, als zu handeln; aber von einem Throne herab solche Redefünste zu vernehmen, das ist nicht geeignet, das deutsche Bewußtsein zu heben. Mögen sie „weder Oesterreicher, noch Preußen, sondern durch und mit Württemberg ganz allein Deutsche sein und bleiben“, wir sind nach dieser Ehre nicht lüstern, wir stellen solche Entschlüsse nicht sehr hoch. Solche Reden bestätigen nur unsere traurige Erfahrung, wie übel es noch immer um Deutschland steht.

Berlin, 19. März. Die Nr. 13 der Gesetz-Sammlung enthält das Jagdpolizei-Gesetz, so wie das Gesetz betreffend die Aufhebung der Circular-Verordnung vom 26. Februar 1799 wegen Bestrafung der Diebstähle und ähnlicher Verbrechen und die Abänderung der Injurienstrafen.

Berlin, 20. März. Es hat vorgestern eine Conferenz zwischen Herrn v. Manteuffel und Herrn Simson stattgehabt, welche eine Verständigung und den Beschluß eines festen Zusammenhaltens zur Folge gehabt hat. Man will nur das praktisch Ausführbare, wird Alles aufbieten, um mit den Abgeordneten der übrigen deutschen Staaten in gutem Vernehmen zu bleiben, dabei aber wollen die Preußen als kompakte Masse zusammenhalten. (W. Z.)

— (Wochenschau.) Zwei Angelegenheiten sind es, die in dieser Woche am meisten die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigten, der Ausfall der französischen Ergänzungswahlen und die Jurisconsulten zum nahenden Erfurter Reichstag.

In Paris haben die Socialisten gesiegt; auch an andern Orten hat diese Partei die Mehrheit gewonnen. Der Kampf ist mit der äußersten

Erbitterung geführt worden. Die letzten Gesetzgebungs-Akte der legislativen Versammlung, das provisorische Gesetz gegen die Schullehrer, das Unterrichtsgesetz, das Projekt der Regierung gegen die Unabhängigkeit der Maires, waren eben so viele direkte Kriegserklärungen gegen den Socialismus; die angegriffene Partei hat durch die Wahlen geantwortet, sie hat ihre Agitationen mit der höchsten Anstrengung gemacht, um der Regierung und der Vertretung zu beweisen, daß die öffentliche Meinung auf ihrer Seite ist. Wir sehen jetzt einem noch vermehrten Kampfe zwischen der legislativen Versammlung und dem Socialismus entgegen; jene wird sich enger an den Präsidenten der Republik anschließen, um ihrem Feinde gewachsen zu sein.

Alle conservativen Elemente werden sich mehr als je anstrengen, um die bestehende Regierungsgewalt zu stützen, sie habe einen Namen, welchen sie wolle, und ihr nachträglich jene Machtfülle zu verleihen, welche die Verfassung ihr versagt hat. Das Streben wird von jetzt an darauf gerichtet sein, die Verfassung durch gesetzgeberische Reformen zu derjenigen Gestalt umzubilden, daß sie den Feinden der Gesellschaft Widerstand zu leisten fähig sei. Wer weiß wie lange noch das Fundament der gegenwärtigen Zustände, die Hauptnahrung socialistischer Wahlen, das allgemeine Stimmrecht sich behauptet. Der kleinere Bürgerstand hat zu den letzten Wahlergebnissen, wie es scheint, viel beigetragen. Das jährlich steigende Budget, das sich mit der Republik schon wieder um einige hundert Millionen Franken vermehrt hat, sollte ihn seines Irrthums überführen. Aber tiefe Verwirrungen wollen gründlich ausgeheilt sein, und wie dürfen wir uns wundern, daß in der ewig bewegten Hauptstadt Frankreichs der kleine Bürger die gewagten Experimente bereiteter Volkschmeichler durch seine Stimme unterstützt, wenn wir in unserer nächsten Nähe die auffallende Erscheinung gewahren, daß in den sonst so treuen Städten der Marken selbst der angesehenere Bürgerstand, unterwiesen von der mißvergnügten und tadelsüchtigen Politik der Nationalzeitung, demokratischen Ansichten huldigt.

Die andere Angelegenheit, die in der letzten Woche das öffentliche Interesse in Anspruch nahm, waren die Zurüstungen zum Erfurter Reichstag. Der Verkehr der Abgeordneten, die auf der Reise nach der Parlamentsstadt begriffen sind, in Berlin, war ein ziemlich lebhafter; von manchen Seiten ist die Ansicht ausgesprochen worden, welche allen Beifall verdient, daß man sich von vorn herein nicht mit langen Commissionsarbeiten dort aufhalten, sondern im Plenum rasch mit den wichtigsten Fragen vorgehen soll, die zur Entscheidung kommen müssen. Dennoch verheißt man sich nicht, daß man einem ziemlich tief eingreifenden Kampfe entgehe, denn die Partei, welche einem engeren Bundesstaat in seinen heutigen Grenzen entgegen ist und welche Preußen in der strengsten Verbindung mit Rußland und Oesterreich zu erhalten strebt, giebt ihren Ansichten täglich einen schärferen und bestimmteren Ausdruck. Eine Stimme von dieser Richtung, welche den preussischen Deputirten politische Gedankblätter mit auf den Weg giebt, erinnert an das Erfurt des Jahres 1848, an das Erfurt des Congresses und ermahnt, man solle aus jener Zeit seine wahren Freunde kennen lernen. Dieser wahre Freund, von dem dort gesagt ist, daß seine Fürsprache zu Erfurt und Lissit (!) allein die Monarchie Friedrichs des Großen gerettet habe, ist kein anderer als der russische Kaiser. Der Bundesstaat wird von diesen Gedankblättern auf das Entschiedenste verurtheilt; gleicher Verdamnung unterliegt freilich jeder Schritt, den Preußens innere Verfassung seit 1848 gethan hat. Wir zweifeln nicht, daß auch in Erfurt solche Stimmen mit gleicher Rücksichtslosigkeit sich werden vernehmen lassen, hoffentlich aber wird es dann das letzte Mal sein. Unsere Regierung ist durchaus entschlossen, auf dem Wege des Mailandes zu bleiben; sie nimmt keinen Anstand, auch das Aeußerste daran zu setzen. Der Verwaltungsrath hält sie mit Umsicht und Energie auf dieser Bahn fest. Seine Entschiedenheit gegen Hannover, seine Ernennung der Commissarien vor dem Reichstag zeugen ebenso für seinen Muth, wie für seinen Tact. Die Additionallakte ist ein Werk eben so sehr der Vorsicht als der Beharrlichkeit; jeder Angriff seitens des Bundesrechts ist dadurch abgeschnitten, der Reichsfrieden gewahrt, die Einigung in Zollangelegenheiten, so weit sie bis zum Ablauf der Zollvereinverträge und der Handelsbindnisse der Nordseestaaten faktisch jetzt nicht zu erreichen ist, suspendirt, aber an Allem, worin die Einheit erreichbar, entschieden festgehalten. Dem Reichstag ist dadurch eine schwierige Arbeit erspart, er wird die Additionallakte nur einfach annehmen können.

Die Thronrede des Königs von Württemberg soll, trotz ihrer preussensfeindlichen Färbung, in hiesigen diplomatischen Kreisen einen äußerst günstigen Eindruck gemacht haben, und zwar deshalb, weil man dieselbe als einen neuen Hebel für das Zustandekommen und die Weiterbildung des Bundesstaats hält. Und mit Recht. Württemberg, der erste Mitunterzeichner der Münchener Uebereinkunft, hätte die Wichtigkeit der deutschen Politik von der Pfordtens nicht besser enthüllen, dem großdeutschen Verfassungs-Entwurf, und somit sich selbst, kein schneidenderes Desavoué geben können, als es in dem auffallenden Passus der Thronrede geschehen: „Der deutsche Einheitsstaat ist ein Traumbild.“ Den Einheitsstaat, welchen man am 27. Februar bilden wollte, verleugnet man am 15. März. Ein neuer Beweis, daß der Münchener Verfassungs-Entwurf nichts als eine Machination gegen den Bundesstaat sein soll. Daß übrigens diese Machination keine Wirksamkeit hat, noch haben kann, bedarf kaum der Erwähnung, denn die Gegensätze, welche wir so eben angeführt haben, treten so scharf hervor, daß auch dem minder scharfblickenden Publikum endlich die Augen geöffnet werden müssen.

Dänemark tritt immer offener mit der Absicht hervor, die deutschen Herzogthümer zu einem Gesamtstaat zu incorporiren, worin es von Rußland und jetzt sogar von Oesterreich unterstützt wird. In solchem Sinne sollte dänischer Seits der Agent Herr von Bülow bei der Bundes-Kommission accreditirt werden. Preußen, seiner national-deutschen Politik getreu, will natürlich nicht zugeben, daß die deutschen Herzogthümer Deutschland entfremdet werden, und hat hiernach seine Schritte in Beziehung auf die Accreditation des Herrn von Bülow abmessen müssen. Da Oesterreich und Preußen darin verschiedener Ansicht sind, so muß der Fall vor das Schiedsgericht kommen, und es steht zu erwarten, daß die deutschen Fürsten gedungen sein werden, einer deutschen Politik ihre Stimme zu leihen. Auffallend ist übrigens, daß der russische Geschäftsträger in Stuttgart, welcher zugleich Rußland bei der Bundes-Kommission vertreten soll, erklärt, er werde für den Fall, daß der dänische Agent nicht zugelassen werde, sein Beglaubigungsschreiben nicht überreichen. So fielen denn die Schleier von den vielangelegten Machinationen der nordischen Politik,

und die Thronrede des Königs von Württemberg wäre nur der Beginn des Kampfes. Oesterreich, das hier denselben Einflüssen folgt, wird demnach mit seiner Förderung eines europäischen Congresses hervortreten, welcher die Verhältnisse von 1815 herstellen soll, eine Operation, für welche auch Hannover bereits gewonnen scheint. Unter solchen Umständen dürfte dann das Erfurter Parlament nur noch eine höhere und entscheidendere Bedeutung gewinnen.

Der Abgeordnete Stahl wird in Erfurt in sieben Amendements, welche er zum Verfassungs-Entwurf zu stellen beabsichtigt, die Ansichten seiner Partei vertreten.

Zur Unterstützung der bei den verschiedenen Expeditionen preussischer Truppen invalide gewordenen Soldaten und der Angehörigen Gebliebener sind in allen Theilen der Monarchie Sammlungen veranstaltet worden, deren Erträge zum Theil sehr beträchtlich sind. Nach und nach gehen die Berichte über die statt gehabte Verteilung dieser Summen ein. In der Regel schwanken die Summen, welche als Unterstützungen vergeben werden, zwischen 100 und 50 Thlrn. So ist bei dem 30. Infanterie-Regiment der Betrag von 2370 Thlrn. verteilt worden. Davon hatten 13 Verwundete jeder 100 Thlr. erhalten, 9 Verwundete jeder 80, und 4 jeder 50 Thlr.

Briefliche Berichte aus zahlreichen Gegenden Deutschlands bestätigen die Vermuthung, daß das große deutsche Publikum den Münchener Verfassungs-Entwurf für todt betrachtet. Die Hannoveraner namentlich theilen sich ganz unumwunden mit, daß König Ernst sehr wohl gethan, eine hannoversche Unterschrift unter das Projekt nicht setzen zu lassen.

Die Verhältnisse in Paris scheinen sich immer entschiedener zu einer Krisis hinzuneigen. Changarnier soll zur Fürstin Lieven geäußert haben, die Regierung befinde sich in der schlimmen Lage einen Kampf hervorrufen zu müssen.

Erfurt, 18. März. So eben erscheint hier folgendes Eröffnungs-Programm: Am 20. März c. Vormittags 10 Uhr, wird zur Feier der Reichstags-Eröffnung ein Gottesdienst der beiden Haupt-Confessionen abgehalten. Der evangelische findet in der Barfüßer-, der katholische in der Augustiner-Kirche statt. Den Reichstags-Abgeordneten wird hier auf Vorweis ihrer Legitimationskarte, die sie im Lokale des Martinstitutes abzunehmen ersucht sind, der Zugang zu den für sie vorbehaltenen Plätzen geöffnet. Nach beendigtem Gottesdienste begeben sich die Mitglieder beider Häuser in das Regierungsgebäude. Sobald dieselben sich dort im großen Saale versammelt haben, auch der Verwaltungsrath hinzugegetreten ist, eröffnet der Vorsitzende des Letzteren im Namen der verbundenen Regierungen den Reichstag durch Verlesung der Eröffnungs-Botschaft und Verkündigung der Vorlagen, die demnachst an beide Häuser zu gelangen haben. Die Mitglieder beider Häuser sind eingeladen, sich nach Beendigung dieses Aktes in ihre besonderen Sitzungs-Lokale zu begeben und dort auf Ersuchen eines Commissars des Verwaltungsraths sogleich diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche für die demnachstige Konstituierung des Volks- und des Staatenhauses zuerst erforderlich sind.

Breslau, 18. März. Herr Hassenpflug fängt an zu handeln. Am 15. März ist in Kassel die Vertagung des Landtags erfolgt. Herr Hassenpflug ist ja der Retter vor dem Mediatistren.

Hannover, 15. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam der von Bueren gestellte Ur-Antrag auf Erhebung der Stadt Emden zum Freihafen zur Verathung. Der Antragsteller kann die erhobenen Bedenken nicht theilen und sucht dieselben im Einzelnen zu widerlegen. Die Fürsorge der Regierung scheint ihm doch zu weit zu gehen, da man in Emden in allen Kreisen darüber einverstanden, daß die beantragte Maßregel für die Stadt im hohen Grade vortheilhaft sein werde. Stüve kann es für zweckmäßig nicht halten, schon jetzt mit einer Maßregel vorzuschreiten, welche für die Stadt Emden so lange ganz bedeutungslos sein werde, als sie nicht durch eine Eisenbahn mit dem Binnenlande in nähere Verbindung gebracht worden. Abgesehen davon aber müsse auch der Umstand schon große Bedenken erregen, daß andere Handelsplätze Ostfrieslands und namentlich die Emden an Bedeutung zur Zeit ganz gleichstehende Stadt Leer demnachst auf eine gleiche Begünstigung Anspruch machen werde, deren Erlangung — wenigleich die Billigkeit durchaus dafür sprechen würde — bei doch immerhin möglicher größeren Zolleinigung Deutschlands später großen Schwierigkeiten unterliegen dürfte. Groß aus Leer will für die von ihm vertretene Stadt zwar für jetzt eine gleiche Begünstigung nicht in Anspruch nehmen, sieht sich aber doch, um den Rechten derselben für kommende Zeiten nichts zu vergeben, zu dem Verbesserungs-Antrage veranlaßt, daß der Stadt Leer, falls sie es demnachst ihrem Interesse entsprechend erachten sollte, zum Freihafen erhoben zu werden, darauf gleiche Ansprüche wie der Stadt Emden gewahrt werden sollen. Bei der Abstimmung wird der Verbesserungs-Antrag Groß's mit großer Mehrheit, der Haupt-Antrag aber durch Stimmengleichheit abgelehnt.

Kassel, 18. März. Seit einigen Tagen hält sich der russische Gesandte Fürst Gortschakoff hier auf und hat vorgestern, wie man sagt, eine Audienz bei Sr. Königl. Hoheit gehabt.

Leipzig, 14. März. Bezüglich der Gefangenen auf dem Königstein (Heubner, Bakunin und Rödel) will man wissen, daß eine dem Thron nahe stehende Person durchaus darauf dringe, daß mindestens zwei Todesurtheile (man nennt Bakunin und Rödel) baldigt vollzogen würden, damit auch in Sachsen ein Exempel statuirt werde. Da nun der Justiz-Minister öffentlich in der ersten Kammer im Laufe der Debatte über den Joseph'schen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe erklärt hat, vor dem Erlasse des neuen Strafgesetzes würden keine Todesurtheile vollzogen werden: so ist man gespannt, ob es dem Einflusse jener hochstehenden Person gelingen werde, das Wort des Ministers zu Schanden zu machen.

Weimar, 18. März. Unser Staats-Ministerium macht heute in der hiesigen Zeitung bekannt, daß das Gerücht, welchem zufolge eine Convention mit Preußen in Unterhandlung sei, und das diesseitige Militär nach Posen verlegt werden solle, nicht wahr wäre.

Gotha, 15. März. Wenn Einer das Regieren satt hat, so ist's unser Herzog. Er ist gar nicht zum regierenden Fürsten geschaffen. Componist, Maler, Dichter, Reisender, liebenswürdiger Gesellschafter wird er nach der großen Katastrophe, die uns bevorsteht, sein Leben höchst angenehm verbringen. Er spricht es unumwunden aus, daß er der erste Souverain sein werde, welcher die Regierung niederlege. Er sieht es ein, daß die kleinen Regierungen sich nicht lange mehr halten können. Hin-

sichtlich der Zusammensetzung unseres am 11ten d. eröffneten Landtages ist zu bemerken, daß trotz des freisinnigen Wahlgesetzes die demokratische Partei gegen die aristokratisch-bureaucratische Partei in der Minorität ist 11 zu 13. Beide Parteien haben wenig Capacitäten. (C. B.)

Von der Elster, 14. März. Die böhmisch-sächsischen Grenzarmee zieht sich nicht nur zurück, wie Privatbriefe von der Grenze her melden, sondern wird auch auf den Friedensfuß gesetzt. Sollte Sachsens Beitritt zu dem neuen Dreikönigsbündnisse, mit dem man ja in Wien vollständig einverstanden sein soll, dieses bewirkt haben? (Fr. J.)

Lüdingen, 14. März. Heute werden sämtliche hiesige Theilnehmer am badischen Freischaaenzuge vor das königl. Ober-Landgericht geladen, und ihnen dort eröffnet, daß mit Ausnahme ihrer zwei Führer die Unterfuchung gegen sie durch die Gnade des Königs niedergeschlagen worden sei.

Darmstadt, 15. März. Die heutige Vormittags-Sitzung der Assisen wurde durch Vernehmung des Kammerdieners des Grafen Görlich, des einen berühmten Namen tragenden Friedrich Schiller ausgefüllt. Dieser Zeuge ist vielleicht der wichtigste. Daher wird seine Vernehmung auch noch die Nachmittags-Sitzung in Anspruch nehmen. Er sagte aus, er habe an jenem verhängnisvollen Nachmittage des 13. Juni 1847 einige Minuten nach 4 Uhr das Haus seines Herrn verlassen, um mit seinem kleinen Knaben einen Ausflug nach dem Dorfe Oberstadt (1½ Stunde südlich von Darmstadt) zu machen. Unterwegs habe ihn etwas angewandelt, was er noch nie erlebt, das ängstliche Gefühl, die Gräfin werde allein im Hause zurückbleiben, wenn der Bediente der Gräfin (Stauff) es verlassen, um den Grafen vom Hof zurückzubegleiten. Er habe daher zu seinem Knaben gesagt, sie wollten zurückgehen. Nur auf Bitten des Kindes habe er sich entschlossen, die Wanderung fortzusetzen. Nach Zurücklegung einer kurzen Strecke habe ihn das gleiche Gefühl noch stärker ergriffen, so daß er wiederholt die Rückkehr beschlossen habe; nur die erneuerten Wünsche des Knaben hätten ihn vermocht, seinen Entschluß aufzugeben. Abnungen sind eine dunkle Seite der menschlichen Seele, und magnetisch wurde das Publikum von diesem Theil der Aussage angezogen.

Auch die heutige Nachmittags-Sitzung des Schwurgerichts wurde von der Vernehmung des Kammerdieners des Grafen Görlich ausgefüllt. Das Wesentliche seiner Aussage war Folgendes: „Ich bin seit 1834 Diener des Grafen und so im Stand, auch den Charakter, die Lebensweise u. seiner verstorbenen Gemahlin zu schildern. Die Gräfin war eine thätige Frau, welche die Zeit, die sie nicht zu Lesen und Schreiben verwendete, den Geschäften des Haushaltes widmete. Ihr Temperament war lebhaft; ja heftig; sie war streng, aber nicht hart. Der Mittagstisch des Ehepaars war gemeinsam. Mißbilligungen herrschten zwischen demselben wenigstens in den letzten Jahren nicht. Beschwerte sich ein Diensthofe bei dem Grafen über seine Gattin, so suchte er zu vermitteln, wobei er nach Umständen die Partie des Diensthofen ergriff, was manchmal zu einem kleinen Spannung führte. Die Gräfin war vor etwa 10 Jahren einmal krank, seitdem gesund. Wegen Ausrichtung eines mir von derselben erteilten Auftrages suchte ich sie am Nachmittage des 13. Juni 1847 um 3 Uhr auf, und fand sie im Bügelzimmer des dritten Stockes mit der großen Wäsche beschäftigt. Nachher begab ich mich in das Bedientenzimmer, wo ich den Bedienten der Gräfin, Johann Stauff, und meinen Knaben von fünf Jahren fand. Mein Kind bat mich, mit ihm spazieren zu gehen, ich trug aber Bedenken, seinen Wunsch zu erfüllen, weil Jemand im Hause bleiben müsse. Da redete mir Stauff zu, die Witten meines Kindes zu erfüllen, er wolle meinen Dienst versehen. Ich entschloß mich nun, einen Ausflug nach Oberstadt zu machen. In dem Augenblick, wo ich mit meinem Kinde an das Rectathor kam, schlug es 4 Uhr und fuhr der Wagenzug auf der Eisenbahn vorüber. Gegen 5½ Uhr (denn des Kindes wegen mußte ich langsamer gehen) kam ich in Oberstadt an, kehrte dort in einem Weinhaus ein und trank gegen meine Gewohnheit so viel Wein, daß ich ihn spürte. Ich benutzte die Eisenbahn und kam so gegen 8¼ Uhr wieder in Darmstadt an. Am Bahnhof begegnete ich dem Grafen. Ich beehrte mich, in meine Wohnung zu kommen, als dort schnell, und ging dann nach dem Hause meines Herrn, um Stauff, der allein war, abzulösen, damit er ebenfalls zum Abendessen gehen könne. Um 9 Uhr kehrte derselbe, ebenso auch der Graf zurück. Ich bat den Grafen, da ich, wie gesagt, den Wein etwas spürte, nach Hause gehen zu dürfen, um mich zu Bett zu legen. Schon schlief ich fest, als etwa um 10 Uhr Stauff mich weckte und mich aufforderte, ihm schnell zu folgen, da ein Unglück geschehen sei. Ich fand den Grafen im mittleren Stock, umgeben von Stauff, Schämbs, der Köchin und einem Schlossermeister, der gerufen worden war, um die Thüre des rauchgefüllten Vorzimmers der Gräfin zu öffnen, weil sie vernichtet wurde. Ich schlug vor, die Scheiben der Thüre einzuschlagen. Mein Herr, der sehr lamentirte, schickte mich nach dem Arzt, da meine hinzugekommene Frau diesen Gang nicht thun konnte, weil sie zu sehr angegriffen war (sie war dem Wochenbett nahe.) Gleichzeitig eilte Stauff hinweg, um den Raminseger zu holen. Zurückgekehrt, fand ich die Thüre aufgebrochen und die Gräfin als Leiche. (Zeuge geht hierauf in das Einzelne seiner Wahrnehmungen ein und erzählt weiter.) In der Bedientenstube fand ich Joh. Stauff auf dem Bette liegend; er gab an, er sei unwohl und bat mich, in meiner Wohnung sich zu Bett legen zu dürfen, was ich ihm gestattete. Am anderen Morgen erzählte mir meine Frau, sie habe das Bett von dem Schweife Stauff's ganz durchnäßt gefunden. Zeuge geht in alle Einzelheiten seiner Wahrnehmungen an diesem folgenden Tage ein, beschreibend namentlich die Beschaffenheit des Schreibsekretärs vor und nach dem Brand desselben, giebt dabei auch an, die Gräfin habe gewollt, daß jener Vorfall der Verletzung dieses Möbels durch ein brennendes Licht, während sie eingeschlafen, vermeintlich bleiben solle, verbreitet sich dann in viele Einzelheiten, besonders in Bezug auf die Schlüssel, deren sich die Gräfin bedient, und fährt endlich, von Fragen des Präsidenten geleitet, also fort: „Mein Verhältnis zu Stauff war ein freundschaftliches. Am Abend des 14. Juni sagte mir derselbe, wenn er wüßte, daß ihn Graf Görlich entlassen wolle, so hätte er Gelegenheit zu einem andern Dienst, eine Auserkung, die auch der Rutscher vernahm, und die mich veranlaßte, dem Stauff meinen Unwillen zu erkennen zu geben, unter dem Bemerkten, daß der Graf an seine Verabschiedung nicht denke. Nach jenem Schreckenstage fand ich den Stauff nicht ängstlich, vielmehr munter. Der Graf sprach oft von dem schrecklichen Tode seiner Gattin, auch in Gegenwart Stauff's, an dem nichts Auffallendes zu bemerken war. Von der That des Herzogs von Prasilin war viel die Rede, auch von Seiten Stauff's, der davon in

den Zeitungen gelesen hatte, so wie derselbe überhaupt gerne las. (Zeuge nennt unter Andern die „Geheimnisse von Paris.“) Wenn die Rede auf den Tod der Gräfin kam, so beobachtete Stauff ein festes Schweigen, auch wenn er gefragt ward. Dem Grafen fiel sein sonderbares Wesen auf, er fand darin Bedenkliches.“ Sonst gedenkt Zeuge noch der wahrheitswidrigen Angabe Stauff's hinsichtlich des Bildes seiner Geliebten und, in Uebereinstimmung mit dem Zeugen Schämbs, noch anderer Vorfälle, welche als Beweise der Unwahrhaftigkeit desselben erschienen, so wie des Umstandes, daß er einmal, kurz vor jenem unglücklichen Tage, acht Schächtelchen Streichhölzchen bei demselben gefunden, während gleich darauf nur noch zwei sich vorgefunden hätten. Großen Eindruck auf das Gemüth der den Saal füllenden Zuhörer machte die des Zeugen wegen verordnete Verlesung einer Scriptur von der Hand der Gräfin, worin sie ihren Wunsch aus sprach, neben den irdischen Ueberresten ihrer auf dem hiesigen Friedhofe ruhenden Mutter beerdigt zu werden, und zwar auf die möglichst einfache Art und im schlichtesten Gewande; besonders hob sie den dringenden Wunsch hervor, daß ihr Leichnam keiner anatomischen Secirung unterworfen werde. Zeuge deponirt, daß er diese Aufzeichnung nach dem Begräbniß der Gräfin gefunden und dem Grafen gegeben habe; er fügt hinzu, er habe aus dem Mund der Gräfin ihren Widerwillen gegen die Secirung vernommen. Zeuge beantwortet viele Fragen des Staats-Anwalts und der Verteidiger, erteilt dabei dem Stauff noch das Zeugniß freundschaftlichen, dienstfertigen Wesens; Kinder habe er geliebt, auch seinen, des Zeugen Knaben, den er immer habe beschenken wollen, wenn er, Zeuge, es zugegeben hätte. Das Bemühen des Zeugen, gerecht und parteilos zu sein, der Wahrheit die Stimme zu geben, macht einen günstigen Eindruck. Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr. (D. P. = A. = 3.)

Frankfurt a. M., 15. März. Trotz aller Gegensprache wird auf das Bestimmteste versichert, daß die Bundes-Kommission auf die Mobilisirung des 7ten und 8ten Armeecorps Bedacht genommen hat, und zwar im Hinblick auf den doch immerhin möglichen Wiederausbruch der Feindseligkeiten mit Dänemark. (D. 3.)

Frankfurt a. M., 15. März. Ueber die von der preussischen Regierung auf die österreichischen Vorschläge über Ababahnung einer Zoll- und Handelsvereinigung Oesterreichs mit Deutschland erteilte Antwort erfahren wir folgendes Nähere: Preußen erklärt, daß die Unterhandlungen die Zoll-Einigung selbst nicht zum Gegenstande hätten, und daß Verhandlungen über die verschiedenen Tarife in diesem Augenblicke nicht begonnen werden könnten. Ferner bestche Preußen darauf, daß die einzelnen zum Zoll-Verein gehörigen Staaten von der Verhandlung ausgeschlossen werden, und diese bloß zwischen Oesterreich und Preußen unter Zuziehung der nicht zum Zollverein gehörigen Staaten geschlossen werden. Das letztere wäre im Sinne der österreichischen Vorschläge, welche auf dem Zoll- und Handels-Congresse nicht die einzelnen Staaten, sondern die in Deutschland herrschenden Zoll-Systeme vertreten haben wollen, aber das Erstere ist unserer Ansicht nach eine Ablehnung der österreichischen Vorschläge. (D. C.)

— Ueber die stattgehabte Ermordung des Bürgermeisters von Kilianssteden erfahren wir folgendes: Ein Soldat vom 5ten Landwehr-Regiment, das dort und in der Umgegend liegt, verfolgte ein Mädchen, welches ihrem Verfolger die Pfeife aus dem Gesichte schlug. Der Soldat verlangte vom Mädchen Schadenersatz für die zerbrochene Pfeife, der Vater des Mädchens kommt hinzu, es beginnt ein Streit, in Folge dessen der Soldat sich entfernt, um seine Kameraden zu holen, diese kamen, begaben sich in ein Wirthshaus, um die Streiter aufzufuchen, oder eigentlich, um Handel anzufangen, die so ernst wurden, daß die preussischen Soldaten den Kirchthurm besetzten, um das Sturmläuten zu hindern. Der Bürgermeister des Orts kam hinzu, um die Soldaten zu beschwichtigen, erhielt jedoch von diesen 7 Wunden beigebracht, von denen einige bedeutend, aber keine lebensgefährlich ist. Der Bürgermeister lebt noch. Die in diesem Orte liegende Mannschafft wurde nach Hochstadt verlegt, und die in Hochstadt liegende nach Kilianssteden. (H. C.)

Bremen, 17. März. Ein höchst seltenes Ereigniß fand gestern in unserer Bürgerschaft statt. Dieselbe war zusammenberufen worden, um die Wahl der Mitglieder zum erfurter Staatenhause vorzunehmen, welche Wahl dieselbe bereits einmal abgelehnt; es waren 216 Mitglieder erschienen, und Herr Smid stellte den Antrag, die Wahl sofort vorzunehmen, dagegen trat Herr M. Brand von der Linken mit einem Antrag auf, die Wahl nicht eher vorzunehmen, bis der Senat die Stellung des Bündnisses vom 26. Mai v. J. jetzt nach dem Austritt Hannovers klar dargelegt, die darauf bezüglichen Dokumente vorgelegt, und die Unabhängigkeit Bremens in seinen Zoll- und Handelsverhältnissen daraus hervorgegangen sei. Während der Debatte, an der fast nur Mitglieder der Linken Theil nahmen, fehlte es an heftigen Ausfällen gegen Preußen nicht, und ein Redner hob sogar hervor, daß durch die Anerkennung des erfurter Parlaments leicht das bremser Wahlgesetz verloren gehen könne. Es kam zur Abstimmung und der Antrag der Linken wurde mit 113 Stimmen gegen 103 angenommen. Nach Verkündung dieses Resultats begann ein heftiges Lärmen und Toben, es wurde sogar eine Adresse an den Senat angefertigt, in welcher dieses ungesetzliche Verfahren der Linken gemißbilligt wird und die Mitglieder erklären, für die Wahl des Senators Dackwitz von den drei vom Senate vorgeschlagenen Mitgliedern zu stimmen, und den Senat bitten, diese Wahl demgemäß anzunehmen. Unter den heftigsten Protestationen von Seiten der Linken wurde diese Adresse mit zahlreichen Unterschriften von den Mitgliedern der Rechten bedeckt, von denen wohl fast alle unterschrieben haben. Man ist außerordentlich gespannt auf die Entscheidung des Senats hierüber. (D. R.)

Hamburg, 16. März. Bei der heute stattgehabten Wahl der Abgeordneten zum Volksause des deutschen Parlaments sind Sekretair Dr. Edmund Schwarze und Dr. Gabriel Kieffer gewählt worden. (Hamb. C.)

Hamburg, 18. März. Der Ober-Befehlshaber der preussischen Flotille, Commodore Schröder, welcher in voriger Woche hier war, hat unsern Hafen im Auftrage seiner Regierung besichtigt, ob derselbe zum Stationsort für kleinere Kriegsfahrzeuge geeignet sei. Auch die beiden von Kiel zurückkehrten Kommissaire des Reichsmarine-Departements, Herr Jordan und Baron von Bourguignon, sollen eine genaue Besichtigung unseres Hafens vorgenommen haben.

— In diesem Jahre sind seit Eröffnung der Schiffahrt bereits 700 Schiffe einpaffirt und 300 ausgelaufen; dennoch fängt das Geschäft, wel-

ches seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahres in einem seltenen Schwunge sich befand, seit einigen Wochen allmählich abzunehmen an, besonders auf dem Gebiete der größeren Spekulation. Die Preise der meisten Rohstoffe und Halbfabrikate hatten eine abnorme Höhe erreicht, worauf jetzt ein gelindes Sinken der Preise eingetreten, und da die Zuhaber noch fest auf Preise halten, so ist eine völlige Geschäftsstille eingetreten. (D. Ref.)

Husum, 14. März. Diesen Mittag hat uns das 2te Bataillon des 12ten preussischen Infanterie-Regiments verlassen und sich nach Friedrichstadt, Seib und den längs der Eider fortlaufenden Distrikten begeben, und ist durch das 1ste Bataillon, von Brestedt und Tondern kommend, ersetzt worden. Jedoch auch dieses dürfte nicht lange hier verweilen, sondern ehestens mit der amoch hier liegenden Husaren-Schwadron den Geschiedenen folgen. (H. W.)

Aus dem Holsteinischen, 16. März. Zimmer deutlicher stellt es sich heraus, daß die Statthaltertschaft einen Zug nach Schleswig hat unternehmen wollen, aber glücklicher Weise durch den General v. Rauch verhindert worden ist, diesen auszuführen. Mögen die offiziellen und halb-offiziellen Andeutungen, die veröffentlicht werden, das Gegentheil besagen, es ist gewiß, daß der Losbruch beschlossen ist. Die Vorbereitungen sollten so heimlich und schnell als möglich betrieben werden, der Einfall unerwartet, plötzlich geschehen. Hierfür sprechen Thatsachen, die nicht weg geleugnet werden können. Verdächtig ist das Schmeigen, welches unsere Blätter über die Einberufung der Beurlaubten, vorläufig 4 Jahrestklassen, beobachteten, verdächtig ist die ungeheure Eile, mit welcher den verschiedenen Obergkeiten durch Eskaffetten, Tag und Nacht reisende Boten, die Befehle zur Einberufung zugesandt wurden, verdächtig ist der äußerst kurze Termin, welcher den Einberufenen gestellt wurde, an welchem sie sich bei ihren resp. Bataillonen einzufinden hätten. (M. Pr. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 7. März. Wir haben hier die wichtige Nachricht erhalten, daß der neue russische Gesandte zu Frankfurt a. M. nur unter drei für Dänemark sehr günstigen Bedingungen sein Beglaubigungsschreiben zu überliefern habe, nämlich: 1) daß der R. dänische Kammerherr v. Bülow offiziell als Bevollmächtigter Sr. Maj. des Königs von Dänemark wegen Holsteins und Lauenburgs bei der Central-Commission angenommen werde; 2) daß der Waffenstillstand und die Friedens-Präliminarien zwischen Preußen und Dänemark förmlich anerkannt werden; 3) und daß der Waffenstillstand zur vollständigen Ausführung gebracht werde. (M. Br. 3.)

Kopenhagen, 16. März. In der heutigen Sitzung des Volksting wurde zur dritten Beratung über das Gesetz geschritten, welches das provisorische Gesetz vom 29. Oktober 1849, in Betreff der Ausschreibung zum Landkriegsdienste für das Jahr 1850 bestätigt. In diesem folgendermaßen abgefaßten Gesetze: „Die durch das provisorische Gesetz vom 29. Oktober 1849, in Betreff der Ausschreibung zum Landkriegsdienste für das Jahr 1850 gegebenen Bestimmungen werden bestätigt“ wurde von Tscherning und mehreren Anderen ein Amendement gestellt, wonach hinzugefügt werden sollte: „doch daß von der in Folge S. 1 ausgeschriebenen Mannschaft zu Ingenieurtruppen und Constablern eine doppelt so große Anzahl als diejenige genommen wird, woraus der gewöhnliche jährliche Zuwachs besteht.“ Der Kriegsminister widerrieth dieses Amendement, „weil wir in einem Moment uns befänden, wo, nach der Meinung vieler, ein Ausbruch von Feindseligkeiten nahe bevorstehe,“ und weil man dasselbe auf administrativem Wege erreichen könne. Das Amendement wurde demnach aufgegeben und das Gesetz allein darauf mit 89 Stimmen einstimmig angenommen.

— Nach einer zuverlässigen Mittheilung aus Dänemark hatte der Festungscommandant v. Nyborg auf das Gerücht hin, daß die schleswig-holsteinische Armee in Schleswig eingerückt sei oder am 15. einrücken würde, Befehl an die Zollbeamten dort und in Skivshavn ertheilt, alle dort liegenden holsteinischen Schiffe auf seine Verantwortlichkeit mit Beschlagnahme zu belegen. Indessen hatten die Zollbehörden sich geweigert, diesem Befehle nachzukommen aus dem Grunde, weil nur der Marineminister eine solche Maßregel verfügen könne und sie daher nur dessen Befehlen Folge leisten könnten. (E. 3.)

Oesterreich.

Wien, 17. März. Der „Lloyd“ berichtet: „Wir vernehmen aus verlässlicher Quelle, daß die feierliche Krönung Sr. Majestät des Kaisers noch im Laufe der diesjährigen Sommermonate vor sich gehen wird. Zur Einleitung der diesfalls notwendigen Vorkehrungen soll eine eigene Hof-Kommission ernannt werden. Se. Majestät der Kaiser wird, wenn bis dahin nicht anders verfügt wird, am 1. Mai das Kaiserliche Lustschloß Schönbrunn beziehen. Die nöthigen Aufträge sind bereits dahin abgegangen.“ Ende August gedenten Se. Majestät wieder nach Wien zurückzukehren. Feldzeugmeister Freiherr von Jellachich hatte vorgestern bei Sr. Majestät dem Kaiser eine mehrstündige Audienz, welcher auch der Minister-Präsident und Feldmarschall-Lieutenant von Regensfeld beizuhöhen. Wie man hört, handelt es sich um definitive Besetzung der erledigten Stelle des Commandanten des 4. Armee-Corps.

— Die heutige Wiener Zeitung meldet: „Vorgestern ist Se. Excellenz Graf von Lerchenfeld, Königl. bayerischer Gesandter, nach Berlin abgereist, und Se. Durchlaucht Fürst Adolph Schwarzenberg hier angekommen.“

Wien, 17. März. Ein ärgerlicher Vorfall ergab sich dieser Tage in der (ehemaligen Jesuiten) Kirche am Hofe. Der bekannte Domprediger Reith hielt daselbst eine politische Fastenpredigt unter großem Zulauf; auch Mitglieder des Kaiserhofes waren zugegen. Sowohl die März- als Mai-Kämpfer kamen bei dem Kanzelredner sehr übel weg, was einige anwesende junge Leute so verdross, daß sie, die heilige Sätze nicht beachtend, sich laut Bemerkungen erlaubten. Der Eine (ein Jurist) äußerte nämlich ganz laut auf die Worte des Predigers: „Einige sind der Meinung, daß das Christenthum den Fortschritt hindere“, — „das ist auch wahr!“ — Der Zweite ist ein junger Theologe an der hiesigen protestantischen Akademie. Die Entrüstung über dieses Benehmen war allgemein und mehrere Anwesenden führten die beiden jungen Leute zur Kirche hinaus und übergaben sie der Wache. (Schl. 3.)

Wien, 18. März. Der Lloyd meldet: „Gegenwärtig befinden sich hier Deputationen aus den böhmischen Städten Reichenberg und Friedland

im Verein mit der preussischen Stadt Görlitz (preussischerseits der Graf v. Löben, Stadtrath Köhler und Dracleg), welche die Konzession zu einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Reichenberg, Görlitz und Pardubitz, d. h. zwischen Triesitz und Stettin über Wien, erbitten, und die Fremden nehmen, dem Verlaute nach, im Allgemeinen keine ungünstigen Hoffnungen mit zurück, da die hohe Staats-Regierung das Bedürfnis einer Bahn nach Reichenberg, der gemerbreichsten Stadt Böhmens, richtig erkannt und gewürdigt zu haben scheint. Demnach soll auch die Königlich sächsische Regierung die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Zittau nach Reichenberg auf eigene Kosten bereits ertheilt haben, was man früher deshalb entschieden in Abrede stellte, weil die Reichenbach-Zittau-Dresdener Bahn eine Konkurrenz-Bahn der Prag-Dresdener genannt wurde.“ (St. A.)

— Ein Schreiben aus Albanien sagt: Am 4. d. M. haben bei tausend Montenegriner die benachbarten Dörfer von Potgorizza überfallen und erst Abends, nachdem sie sich den ganzen Tag geschlagen hatten, zogen sie sich zurück. Von den Türken wurden 2 getödtet und 20 verwundet, von den Montenegrinern soll Niemand geblieben sein. In Ober-Albanien steht Besim-Pascha als vom Militär-Kommando von Monastir entfernter General, um Rekruten auszuheben. In einigen Gebirgsgegenden widerseht sich die Bewohner der Aushebung. Das albanische Städtchen Giacova befindet sich in vollkommener Anarchie, indem der Stadt-Kommandant (gegen den die Einwohner sich empört hatten) geflohen ist.

Schweiz.

Bern, 19. März. Wenn der Wahlkampf in unserm Kanton sich bis Mai so ausdehnt und steigert, wie von Neujauch bis jetzt, so kommt es sicher zum Bürgerkrieg. Die Erbitterung der Parteien ist so groß, wie sie nur je in irgend einem Kanton der Schweiz es war, von den baseler Wirren, Horn- und Klauenstreit, Septemberputsch, bis zu den letzten Revolutionen in Waadt, Valais und Genf. Noch kann Niemand den Ausgang bestimmen oder ahnen, aber gewiß ist, daß der Kanton Bern lange nicht mehr zur Ruhe gelangen wird. (Eidg. 3tg.)

Frankreich.

Paris, 15. März. In einem Artikel der „Patrie“ mit der Aufschrift: „An unsere Führer“ heisst es: „Die Revolution ist ein Kriegszustand. Wir sind in der Revolution, wir sind im Kriegszustand. In dem Krieg, den die französische Gesellschaft gegen die Anarchie führt, thun die gemeinen Soldaten ihre Schuldigkeit mit Selbstverleugnung und werden sie auch bis zu Ende thun. Die Führer haben sie nicht immer gethan. Unter den gegenwärtigen Umständen rufen wir sie zu ihrer Pflicht zurück. Wir wenden uns an den Präsidenten der Republik, an den General Changarnier, an die ausgezeichneten Staatsmänner, die das Vertrauen der verschiedenen Fraktionen der gemäßigten Partei besigen, an Herrn Mole, an Herrn Thiers, an Herrn de Broglie, an Herrn Berryer, an Herrn de Montalembert, und sagen zu ihnen: Den Tag vor der Schlacht, die die französische Gesellschaft liefern wird, zählt unsere Kräfte. Ihr werdet sehen, was wir haben, um zu kämpfen, und wenn mit diesen Kräften unsere Führer, die zehn bedeutendsten Männer von Frankreich, ohnmächtig bleiben, wenn sie während des Gottesfriedens, der ihnen die Gewalt in die Hand giebt, Frankreich in die platteste und gräßlichste der Revolutionen versallen lassen, welchen Namen werden sie dann der Geschichte hinterlassen? Ein Land wie Frankreich zu retten gehabt, von der Vorsehung den Auftrag, die Zeit und die Macht, es zu retten, erhalten zu haben und es dennoch untergehen zu lassen, — niemals würde ein Verbrechen und eine Schande dieser Schande und diesem Verbrechen gleich gewesen sein. Mögen die Führer der gemäßigten Partei diese Verantwortlichkeit ins Auge fassen. Louis Bonaparte, der General Changarnier, die Herren Berryer, Mole, de Broglie, Thiers, de Montalembert müssen sich vereinigen, um Frankreich zu befreien. Ihre Spaltung oder ihre Unthätigkeit würden vor der Welt keine Entschuldigung haben und vor der Nachwelt an ihre Namen wie ein unauslöschliches Schandmal die Worte hängen: Dummheit und Feigheit!“

Paris, 17. März. Der wichtigste im heutigen Napoleon enthaltene Artikel zeigt an, daß der Präsident der Republik entschlossen ist, im Verein mit der Majorität der Nationalversammlung der sozialistischen Bewegung zu widerstehen und derselben keinesweges, wie anfangs einige Journale behaupteten, Konzessionen zu machen. „Es handelt sich“, sagt der Artikel, „nicht darum, zu wissen, wer Minister sein wird, sondern darum, was das Ministerium im Einvernehmen mit der Nationalversammlung thun wird. Wir können nicht zum Voraus von den Entschliessungen der Regierung und der Versammlung sprechen; was wir mit Vergnügen konstatiren, ist ihre vollständige Harmonie, ihr Wettstreit, der Gesellschaft alle diejenigen Garantien zu geben, deren sie gegenwärtig mehr als je bedarf, und die sie das Recht hat, den Tag nach einer Ueberrumpelung zu fordern, die zwar durch Nebenumstände herbeigeführt worden ist, die jedoch, wenn man nicht darauf achtete, eines Tages die allgemeine Sache der Ordnung und der Civilisation in Gefahr bringen könnte.“

— Herr Thiers begab sich gestern in das Bureau des Herrn von Lamartine und dankte ihm für ein wohlwollendes Wort, welches das letzte Heft des „Conseiller du Peuple“ über ihn enthielt. Seit der Februar-Revolution hatten Thiers und Lamartine nicht zusammen gesprochen.

— Nach dem Moniteur du Soir sind sehr viele Präfecten telegraphisch nach Paris berufen worden, einige sind schon angelangt.

— Die Gräfin Rossi und Herr Thalberg kehren übermorgen nach London zurück.

— Siebzehn Araber haben das Schloß von Amboise verlassen, um nach Afrika zurückzukehren. Sie sind mit der Eisenbahn über Orleans nach Marseille gereist. Unter ihnen bemerkte man den Infel Abdel-Kaders, einen hundertjährigen Greis von schönem Aussehen. Diese Araber sollen sich seit ihrer Gefangenschaft auf dem Schloß von Amboise sehr civilisirt haben, und Einer von ihnen z. B. die Polka, wie sie in den französischen Salons Mode ist, ganz meisterhaft tanzen.

Bermischte Nachrichten.

Stettin, 20. März. Der Wasserstand am Pegel ist 5 Fuß, das Wasser fällt zusehends.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-
Preis für Nicht-
Abbonnenten der
Zeitung pro Mo-
nat 1 1/2 Sgr.; frei
in's Haus:
2 1/2 Sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis
6 pf. für die drei-
viertel-Petitzelle.
Erscheint täglich,
excl. der Sonn-
und Festtage, Vor-
mittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 68.

Donnerstag, den 21. März.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Nadtke, Vollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwief.

Innere Mission.

Heute Abend öffentlicher Vortrag in der Aula des Gymnasiums vom Predigamt-Candidat Schwenker.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Frequenz in der Woche vom 3. März bis incl. 9. März 1850 auf der Haupt-Bahn: 3440 Personen.

Bekanntmachung.

Die nach der Bekanntmachung des Königl. Landraths-Amtes Randower Kreises und der Polizei-Direktion hiesigen Orts vom 6ten d. M. auf diesseitige Veranlassung angeordnete Sperrung der Straße von Stettin nach Alt-Damm, wird am 23ten d. M. für jedes leichte Fuhrwerk, das den Sommerweg (Kiesweg) passieren kann, aufgehoben. Lastfuhrwerk, das auf dem weichen Sommerwege nicht fortkommen kann, wird, um nicht Schaden zu nehmen, noch zurückbleiben müssen, bis die sehr zerfallenen Steindämme erhöht und neu gepflastert worden sind.

Die oben gedachten Königl. Polizei-Behörden werden ihre Beamten hiernach mit Anweisung versehen. Stettin, den 20ten März 1850.

Der Ober-Wege-Bau-Inspector Dühring.

In Verfolg der Bekanntmachung des hiesigen Magistrats vom 26ten Februar c., bin ich beauftragt, für den Gewerberath hiesigen Orts, aus der Klasse der arbeitgebenden Handwerker des ersten Wahlbezirks ein Mitglied und einen Stellvertreter wählen zu lassen. Hierzu habe ich einen Termin auf den 28ten d. M., Nachmittags um 3 Uhr, im Rathssaal anberaumt, wozu ich die Wähler mit dem Bemerkten einlade, daß die Wahlliste des Bezirks vom 14ten bis 22ten d. M. in der Registratur des Magistrats zur Einsicht aufliegt, und daß nur die als Wähler bei der Wahl zugelassen werden, welche in der Liste verzeichnet sind. Stettin, den 12ten März 1850.

Der Stadtrath Winkler.

Verlobungen.

Die heute statt gefundene Verlobung unserer ältesten Tochter Pauline mit dem Pastor Kropf zu Tonnin, bezehren sich, statt besonderer Meldung, hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Wollin, den 18ten März 1850.

Gottlieb Kroppe und Frau.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Neuen Nigaer Leinsamen, rothen und weißen Klee-, Thymothec- und echten franz. Luzernsamen billigt bei

August Scherping,

Schup- und Fuhrstraßen-Ecke No. 855.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Abraham's
tragbare Gehör-Instrumente.
(Porte-voies en miniature.)

Taubheit.

Neue Entdeckung eines Gehör-Instruments, welches an Wirksamkeit Alles übertrifft, was bis jetzt zur Erleichterung dieses Uebels in Anwendung gebracht worden ist. Nach dem Ohr gebildet, kaum bemerkbar, indem es nur einen Centimeter Durchmesser hat, wirkt dieses kleine Instrument so bedeutend auf das Gehör, daß das mangelhafteste Organ dadurch seine Thätigkeit wieder erlangt. Die Kranken können wieder an der allgemeinen Unterhaltung Theil nehmen, und auch das Säugen, welches man gewöhnlich verliert, verschwindet gänzlich. Mit einem Worte bietet diese Entdeckung, in Bezug auf diese schreckliche Krankheit, alle nur möglichen Vortheile dar. Die Instrumente können (der Entfernung unbeschadet) bei franco Einsendung einer Anweisung, nebst gedruckter Gebrauchsanweisung, in

Silber à 4 Thlr., in vergoldetem Silber à 5 Thlr., und in Gold à 8 Thlr. das Paar verschickt werden. Auf portofreie Anfragen können zahlreiche Atteste über die Wirksamkeit des Instruments eingesandt werden. Auch können diese Instrumente gegen Postvorschuß verhandelt werden. Man beliebe sich zu wenden: in Aachen an Herrn Abraham, Neupforte No. 885, in Brüssel (Belgien) an Herrn Abraham, Rue Neuve St. Justine Nr. 34, Faubourg de Namur.

Einpaffirte Fremde.

Den 19. März.

Hotel de Prusse. Drost Selbst aus Jelsberg; Offizier Noelschen, Steinrück aus Berlin; Partikulier v. Eichstädt aus Coblenz; Kaufleute Joul a. Leitz, Simmerling, Nicolai aus Brandenburg.

Drei Kronen. Oberamtmann Stubenrauch a. Rohrbach; Major v. Bock, Fabrikant Reimer, Kaufleute Vaypenheim, Simon, Neumann aus Berlin, Borchert aus Landsberg, Simon aus Jastrów, Masfowski aus London; Gutsbesitzer Eisbaum a. Riesenau; Rentier v. Jellsdorf aus Wittenberg; Gerbereibesitzer Flügel aus Kirchheim.

Hôtel du Nord. Rentier Schäfer aus Dresden; Kaufleute Spitzing aus Nordhausen, Badi, Michalis aus Berlin.

Fürst Blücher. Professor Illenhard aus Berlin; Capitain Dettmold, Kaufleute Sprengel aus Hamburg, Hübner aus Rogasen, Neuburger aus Jülich; Amtmann Sulzbeck aus Danzig.

Deutsches Haus. Schiffskapitain Böls a. Udermünde; Kaufmann Schieps aus Straßburg; Gutsbesitzer Krüger aus Althagen; Mühlenbesitzer Peters aus Pasewalk; Amtmann Biesenthal aus Biesenthalshoff.

In der Jakobi-Kirche:

Am Freitag, den 22ten d. M., Nachmittags 4 Uhr, hält die Passionspredigt:

Herr Prediger Schiffmann.

Provinzielles.

Stargard. Am 17ten d. wurde das hiesige Gerichtspersonal auf die Vereidigung vereidigt. Herr Referendar v. Schöning verweigerte den Eid wegen seines Verhältnisses als Landwehroffizier. (St. B.-Z.)

Cöslin, 18. März. (Schwurgericht.) Der Rechtsanwalt Plato in Colberg, Redakteur des Colberger Volksblattes, wurde neulich des versuchten Auftrahs, wegen eines Artikels in diesem Blatte, schuldig befunden, mußte jedoch vom Gerichtshofe freigesprochen werden, da die älteren gesetzlichen Bestimmungen inzwischen aufgehoben, die neueren sich aber auf den in Rede stehenden Fall nicht anwenden ließen.

Ueberhaupt zeigen die Geschwornen-Sitzungen in Cöslin einen Ernst, eine Würde und Gerechtigkeit, wie sie leider selten gefunden werden, und dienen hier jedenfalls dazu, die Demokratie etwas in Schranken zu halten. Ein besonderes Verdienst hierbei hat der Vorsitzende des Gerichtshofes, von Tabouillot, dessen ernste, würdige Mahnungen bei den Eidesleistungen schon manchem Zuhörer das innerste Herz getroffen haben. (N. P.-Z.)

Aus dem Greifswalder Kreise, 19. März. Das Ablösungsgesetz bedroht mehrere sehr arme Gemeinden unsers Kreises in recht bedenklicher Weise. Die Universität hat sich bisher in der Eigenschaft als Grundherrschaft mit seltener Liberalität und Humanität ihrer Grundholden angenommen. Zur Hebung des Schulwesens, zur Armenpflege und zu andern gemeinnützigen Zwecken sind von ihr alljährlich bedeutende Summen hergegeben. Nun das Obereigentumsrecht der Universität an all den Gemeinden wegfällt, die auf akademischem Grund und Boden gegen einen von den einzelnen Hausbesitzern zu erlegenden Erbpachtzins sich angesiedelt haben, fallen natürlich auch die Lasten und Pflichten fort, die aus jenem Recht herfließen. Vielleicht, daß die Universität auch jetzt noch geneigt sein möchte, ihre offene Hand nicht zu verschließen. Aber, so sehr dies auch zu wünschen wäre, es ist kaum zu erwarten. Hält sie nun fortan ihre Zuschüsse zurück, dann würde eine der bedeutendsten Landgemeinden in unmittelbarer Nähe Greifswalds die süßen Früchte einer weisen Doctrin zunächst darin zu schmecken bekommen, daß sie zu einer nothwendigen Erweiterung des Schul-Lokals circa 600 Thlr. und überdies den jährlichen Zuschuß von 50 Thlr. und mehr, welchen die Universität bisher an die Schulkasse zahlte, aus eignen Mitteln aufzubringen hat. (N. P.-Z.)

Vermischtes.

Berlin. Ueber die Vorfälle am 18. d. M. erfahren wir Folgendes: Die Zugänge zum Friedrichshain waren durch Schutzmannschaften abgesperrt. In der Nähe desselben bildeten sich Vormittags Gruppen, welche sich demnachst in das benachbarte Bierhaus begaben und dort durch Singen sich bemerkbar machten. Man ließ sie ungestört, bis einzelne Anwesende es unternahmen, Reden, welche auf den Jahrestag Bezug hatten, an die durch den Genuß des bayerischen Bieres erhitzten Gäste zu halten. Die Schutzmannschaft räumte daher das Lokal. Nachmittags entstand neuer Unfug daselbst, indem man einige Schutzmänner aus demselben vertrieb. Das Lokal mußte geschlossen werden und es kam nun zu Konflikten zwischen den Schutzmannern und den in der Nähe des Friedrichshains immer mehr sich sammelnden Volksmassen, indem letztere der Weisung der ersteren, sich nicht zu sammeln, sondern ihrer Wege zu gehen, nicht Folge leisteten. Das Einschreiten der Schutzmannschaft zur Beseitigung von Utrouppements hat gegen Abend auch in den dem Landsberger und Königssthor zunächst gelegenen Straßen stattgehabt. Bei dem Zurückdrängen der Volksmassen in der Landsberger Straße wurden aus einer Gruppe brennende Strohfränze mit Lumpen umwickelt, über die Mauer des Klägerschen Grundstücks auf das hölzerne Dach eines Schuppens geworfen. Glücklicherweise wurde es bemerkt und die brennenden Strohfränze herabgenommen und gelöscht. Zur Verhütung fernerer Versuche zu Brandstiftungen wurde das Klägersche Grundstück, und auf Ansuchen eines in der Nachbarschaft wohnenden Zimmermeisters auch dessen Grundstück besetzt. Abends zwischen 9 und 10 Uhr war die Ruhe überall hergestellt. Es hat an Widerstandigkeiten nicht gefehlt und es sind, wie wir hören, nicht wenige Verhaftungen eingetreten. Unter den Verhafteten sollen sich mehrere zu vorübergehenden Aufenthalte hier befindliche Ausländer befinden. (B.-Z.)

— Die Wiederaufnahme der Arbeiten auf dem Plage vor dem Palais des Prinzen von Preußen, auf welchem die Reiterstatue Friedrichs des Großen zu stehen kommen soll, hat die Meinung verbreitet, die Aufstellung des Standbildes solle mit dem zehnährigen Jahrestage der Grundsteinlegung, dem 1. Juni d. J., erfolgen. Wir erfahren indes, daß die Vorarbeiten noch viele Monate in Anspruch nehmen und allenfalls bis zum 15. Oktober so weit vollendet sein werden, um dann die Aufstellung zu

März.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reducirt.	20	336,27"	336,44 "	336,17"
Thermometer nach Réaumur.	20	— 2,6°	+ 2,0°	— 0,8°